



INFORMATIONEN aus der Forschung des BBR

Deutsche Ratspräsidentschaft – Neue Impulse für die europäische Stadt- und Raumentwicklungspolitik

Mit Beginn des Jahres 2007 hatte Deutschland für sechs Monate die Ratspräsidentschaft in der EU inne. Damit hatte Deutschland die Chance, auf der europäischen und internationalen Bühne Themen zu setzen und neue Diskussionen auszulösen. Die Zeit hierfür war günstig. Zum einen waren die „großen“ politischen Themen wie „Finanzielle Vorausschau 2007–2013“ mit ihrem Milliardenpaket schon verabschiedet und konnten somit nicht den Blick in die Zukunft durch das Artikulieren kurzfristiger nationaler Finanzinteressen verstellen. Zum anderen war mit der Erweiterung der Union zum 1. Januar 2007 durch den Beitritt Rumäniens und Bulgariens erstmals eine vollständige Mitgliedstaatenrunde möglich, so dass Beschlüsse unter Einbindung aller EU-Mitgliedstaaten gefasst werden konnten. Dies erhöhte die Nachhaltigkeit der politischen Verabredungen, da alle nationalen Besonderheiten eingefangen werden konnten und kein neues Mitgliedsland Beschlusslagen übernehmen musste, ohne daran selbst aktiv beteiligt gewesen zu sein.

Diese günstige Phase hat Deutschland genutzt, um das Thema „Stadt- und Raumentwicklungspolitik“ in Europa wieder ein Stück voranzubringen. Ein solcher inhaltlicher Schwerpunkt hat sicher den einen oder anderen überrascht, denn diese Politikbereiche liegen formal eindeutig nicht in der Vertragskompetenz der Europäischen Union. Doch gerade diese Freiwilligkeit der Kooperation hat die Kraft des deutschen Engagements ausgemacht: Anders als bei den vielen zentralen Initiativen der Europäischen

Kommission, bei der es in der Regel um viel Geld und um Einflussphären geht, ging es den 27 EU-Mitgliedstaaten bei der Stadtentwicklung in Verbindung mit einer Raumentwicklungsstrategie um gemeinsame Grundsätze und Handlungsorientierungen und auch darum, sich über die aktuellen und zukünftigen Probleme und Optionen der städtischen Entwicklung im regionalen Kontext zu verständigen. Sie tauschten offen Erfahrungen und Einschätzungen aus. Sie erkannten, dass europäische Integration viel mit einem gemeinsamen Problemverständnis und mit einer Verständigung über gemeinsame Werte zu tun hat.

Das politische Leitthema des informellen Ministertreffens in Leipzig lautete: „Die europäische Stadt und ihre Region stärken – Wettbewerbsfähigkeit, sozialen und territorialen Zusammenhalt in den Städten und Regionen Europas entwickeln“. Neu war dabei der Versuch, die Politikfelder der Raum- und Stadtentwicklung in einer gemeinsamen Konferenz politisch zusammenzuführen. Denn eines stand fest: Eine Politik für Städte muss eng mit einer Politik für die Regionen einhergehen. Stadt- und Raumentwicklungspolitik sind zwei Seiten derselben Medaille. Vor diesem Hintergrund war es aus der Perspektive Deutschlands wichtig, auf europäischer Ebene die „synergetischen“ Strategien der integrierten Stadt- und Raumentwicklungspolitik zur Mobilisierung noch ungenutzter Potenziale zu propagieren.



Inhalt:

- Deutsche Ratspräsidentschaft
- Stadtbau-Portal.de
- Das Einzelne und das Ganze – Methoden zeitgenössischer Stadtgestaltung
- Integriertes Küstenzonenmanagement – IKZM
- Soziale Stadtpolitik – Eine Zukunftsaufgabe
- Strategien der Landes- und Regionalplanung zur Bewältigung des demographischen Wandels
- Gute Beispiele im Städtebaulichen Denkmalschutz – Ein Handlungsleitfaden
- Interreg III B gemeinsam gestalten und kommunizieren
- Das ESPON-Programm – Start in die nächste Programmphase 2007 bis 2013
- *Neues aus der Forschung*

Territoriale Agenda der EU

Zunächst haben die Ministerinnen und Minister die Eckpunkte ihres Verständnisses für die großräumige Entwicklung verdeutlicht. Niedergelegt wird dies in dem Beschlussdokument „Territoriale Agenda der EU“ – kurz TAEU.

Für die Umsetzung der vom Europäischen Rat verabschiedeten Strategien von Lissabon („Wachstumsziel“) und Göteborg („Nachhaltigkeitsziel“) leisten Raum- und Stadtentwicklung einen zentralen Beitrag. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die Verbindung der beiden Strategien. Sicher sind Städte Kristallisationspunkte des wirtschaftlichen Wachstums, und eine gute Stadtpolitik ist deshalb auch immer Wirtschaftspolitik. Aber Europa hat eben nicht nur Wachstumspole, sondern auch viele (283) lebhaftige Regionen, für die und in denen jeweils spezifische Entwicklungschancen identifiziert und umgesetzt werden müssen. Keine Region, keine Stadt – unabhängig von ihrer Größe und Lage – darf den Anschluss an die europäische Entwicklung verlieren. Damit bekennen sich die Ministerinnen und Minister zu einem polyzentrischen Europa. Insofern ist ein solcher Beschluss auch dahingehend zu verstehen, dass es so etwas wie eine großräumige europäische und auch nationale Solidargemeinschaft gibt.

Wachstum und Wohlstand erreicht man heute nicht mehr mit Standardstrategien und allgemeingültigen Rezepten. Man erreicht Wachstum und Wohlstand umso eher, je besser man Entwicklungsstrategien auf den Charakter, die historischen Voraussetzungen und die „Begabungen“ einer Region abstimmt. Außerdem sind Identität und Vielfalt der Regionen Europas ein Ausdruck des europäischen Werte- und Sozialsystems. Vor diesem Hintergrund sind die Ministerinnen und Minister der Meinung, dass europäische Politik die vielen kulturellen und sozialen Besonderheiten stärker berücksichtigen muss als in der Vergangenheit.

Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt

In der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ – kurz LC – konkretisieren die Ministerinnen und Minister die in großräumigen Zusammenhängen entwickelten Forderungen auf der Ebene der Stadtentwicklung.

Stichwort „Wachstum“:

Ein breites Spektrum wissenschaftlicher Untersuchungen belegt, dass die Städte Orte des Wachstums und der Innovation

sind. Hier konzentrieren sich Angebot und Nachfrage, Innovation und Information. Im Allgemeinen konzentrieren sich in Städten Arbeitsplätze, Unternehmen und Bildungseinrichtungen aller Stufen. In Städten ist der Bevölkerungsanteil mit höheren Bildungsabschlüssen in der Regel höher. Ein hohes Bildungsniveau ist Grundlage und Antrieb für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung, die Innovationsaktivitäten und unternehmerische Initiative auslöst. Ein positives urbanes Milieu zieht neue Talente an. Insofern sind Städte auch als Ausgangspunkte und Katalysatoren räumlicher Entwicklungsstrategien zu stärken.

Stichwort „Gutes Regieren“:

Zu den stadträumlichen Entwicklungsstrategien, die in vielen Teilen Europas sehr erfolgreich sind, gehört das Konzept der integrierten Stadtentwicklungsplanung. Dieses Konzept zielt darauf, die unterschiedlichen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und funktionalen Ansprüche an Städte untereinander und gegeneinander gerecht abzuwägen. Integrierte Stadtentwicklungsplanung ist eine aktive öffentliche Beteiligungsstrategie, die Bürgerinnen und Bürger in Fragen der Stadtentwicklung einbezieht. Die Ministerinnen und Minister erkennen dieses demokratische Instrument als nachhaltige Perspektive der Stadtentwicklung in ihren Ländern an.

Stichwort „Sozialer Ausgleich“:

Die Ministerinnen und Minister sind sich bewusst, dass Stadtentwicklung als gesamtstädtischer Prozess zu sehen ist. Investitionen und politische Aufmerksamkeit dürfen sich nicht nur auf Wachstumszonen konzentrieren. Mit der Isolierung und Abkopplung einzelner Stadtteile oder einzelner Bevölkerungsgruppen werden Städte instabil. Von den Folgen einer solchen Überlagerung sozialer und baulicher Probleme sind vor allem Bewohner mit Migrationshintergrund betroffen, insbesondere Jugendliche. Will man nachhaltiges und langfristig stabiles Wachstum, muss man den Verhältnissen in sozial benachteiligten Gebieten besondere Aufmerksamkeit schenken. Denn nur wenn eine Stadt als Ganzes sozial stabil ist, kann sie ihre Wachstumschancen entfalten. Vor diesem Hintergrund schlägt die LC vier konkrete Handlungsstrategien vor, die in eine gesamtstädtische integrierte Stadtentwicklungspolitik eingebunden werden müssen:

- Städtebauliche Aufwertungsstrategien verstetigen,

- Leistungsstarken und preisgünstigen Stadtverkehr fördern,
- Stärkung der lokalen Wirtschaft und der lokalen Arbeitsmarktpolitik,
- Aktive Bildungs- und Ausbildungspolitik für Kinder und Jugendliche.

Damit deutlich wird, dass diese Handlungsstrategien keine Utopie sind, wurden sie mit guten Praxis-Beispielen aus Europa unterlegt.

Stichwort „Umwelt“:

Um das Lebensgefühl der Menschen in der Stadt positiv zu beeinflussen, müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um eine gesunde städtische Umwelt zu bewahren bzw. neu herzustellen. In vielen Städten sorgen öffentliche Parks, Stadtwälder und vernetzte Grünflächen für ein gesundes städtisches Leben. Auch im Hinblick auf umweltfreundliche Verkehrsmittel hat sich vieles zum Positiven gewendet. Andererseits sind Städte für Umweltprobleme aber auch besonders sensibel. Das betrifft die Umweltfaktoren Lärm, Luftqualität und Verkehrsemissionen. Aber auch die Vernachlässigung von Gebäuden führt zu Gesundheitsproblemen, zu verminderter Lebensqualität und zu Klimaschäden.

Umweltbelastungen in Städten bzw. fehlende Wohnumfeldqualitäten gehören zu den Hauptgründen, warum Einwohner Städte verlassen und in die städtischen Randzonen ziehen. Die dadurch bewirkte Zersiedelung und Versiegelung der Landschaft verbindet sich dann mit zusätzlichem Verkehrsaufkommen. Parallel dazu verlagern sich Produktions- und Einzelhandelsbetriebe zunehmend aus den Stadtzentren in die städtische Peripherie, was ebenfalls zu negativen Folgen eines zunehmenden Autoverkehrs und Abhängigkeit der Grundversorgung von motorisierter Mobilität führt.

Die LC und die TAEU setzten Themen der Stadtentwicklung und des territorialen Zusammenhalts auf die politische Agenda in Europa. Damit sollen vor allem Antworten auf zwei fachpolitische Fragen gefunden werden, die seit Jahren in „europäischen Zusammenhängen“ diskutiert werden:

1. Was können Städte und Regionen zur Lisbon-Strategie – also der Absicht, Europa zum wettbewerbsstärksten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – beitragen?
2. Wie können im Rahmen solcher globaler Entwicklungsstrategien benachteiligte Bevölkerungsgruppen in städtischen Teilräumen oder generell in strukturschwachen Regionen „mitgenommen“ werden?

Die Beschlüsse und Empfehlungen beruhen auf detaillierten und fundierten wissenschaftlichen Analysen, die in den vergangenen Jahren als wichtiger Bestandteil des auf den informellen Ministertreffen in Rotterdam (2004) und Luxemburg (2005) vereinbarten „evidenzbasierten“ Politikprozesses auf europäischer Ebene durchgeführt worden sind. Das europäische Forschungsnetzwerk ESPON hat hier eine wesentliche Rolle gespielt, aber auch die Aufbereitung vielfältiger und reicher Projekterfahrungen, die in den letzten Jahren im Rahmen des transnationalen Kooperationsprogramms Interreg III B von mehreren hundert Städten und Regionen Europas in internationaler Zusammenarbeit gemacht worden sind sowie mehrere Studien zu wichtigen Fragen der aktuellen Stadtentwicklung. Minister Wolfgang Tiefensee hat seinen Amtskollegen auf dem Leipziger Ministertreffen eine Reihe von Hintergrundberichten zur europäischen Raum- und Stadtentwicklung sowie zusätzlich zwei Berichte der deutschen Ratspräsidentschaft zu diesen Themen vorgelegt.

Mit der LC und der TAEU ist Europa wieder ein Stück näher zusammengedrückt. Die Politik in Europa, in den Mitgliedstaaten, Regionen und Städten ist nun gefordert, diese Impulse in konkrete Politik umzusetzen.

Die Ministerinnen und Minister wollen die territorialen Prioritäten der TAEU und der LC nun in den Mitgliedstaaten durch konkrete Maßnahmen umsetzen. Die Kommission unterstützt sie dabei durch die Förderung transnationaler Projekte zur integrierten Raumentwicklung und durch das Programm URBACT. Daneben bereitet Deutschland eine Konferenz zum Thema „Raum und Wirtschaft“ vor. Ende 2007 soll unter der Präsidentschaft Portugals ein Aktionsprogramm zur TAEU verabschiedet werden. 2008/2009 soll ein Bericht zur Umsetzung der LC in den Mitgliedstaaten erstellt werden. Das Follow-up hat hierbei in den einzelnen Mitgliedstaaten bereits schon begonnen. Deutschland hat zum Beispiel am 2. Juli 2007 mit einem großen nationalen Kongress den Startschuss zur Etablierung einer nationalen Stadtentwicklungspolitik gegeben.

Derzeit ist ein Themenheft der Zeitschrift Informationen zur Raumentwicklung „Die Deutsche Ratspräsidentschaft – neue Impulse für die Stadt- und Raumentwicklungspolitik in Europa“ in Bearbeitung und wird im September 2007 erscheinen. Es berichtet ausführlicher über das Ministertreffen und die dort diskutierten Berichte.

Die LC, TAEU, sämtliche Hintergrundberichte und die Schlussfolgerungen des Ministertreffens von Leipzig sind im Internet unter der Adresse www.bmvbs.de ⇒ EU-Ratspräsidentschaft verfügbar.

Kontakt:

Dr. Markus Eltges

Referatsleiter I 4
Regionale Strukturpolitik und Städtebauförderung
und stellvertretender Projektgruppenleiter „Deutsche Ratspräsidentschaft – Stadt- und Raumentwicklung“ BMVBS/BBR
Deichmanns Aue 31-37
53179 Bonn
Tel.: 0228 99 – 401 23 38
E-Mail:
markus.eltges@bbr.bund.de

Dr. Ulrich Hatzfeld

Unterabteilungsleiter Stadtentwicklung
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Krausenstraße 17-20
10117 Berlin
Tel.: 01888 – 300 60 02
E-Mail:
ulrich.hatzfeld@bmvbs.bund.de

Dr. Karl Peter Schön

Referatsleiter I 3
Europäische Raum- und Stadtentwicklung
Deichmanns Aue 31-37
53179 Bonn
Tel.: 0228 99 – 401 23 29
E-Mail:
peter.schoen@bbr.bund.de

Dr. Welf Selke

Referatsleiter
und Projektgruppenleiter
„Deutsche Ratspräsidentschaft – Stadt- und Raumentwicklung“ BMVBS/BBR
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Krausenstraße 17-20
10117 Berlin
Tel.: 01888 – 300 61 40
E-Mail:
welf.selke@bmvbs.bund.de

Stadtumbau-Portal.de



Das Stadtumbau-Portal unter www.stadtumbau-portal.de ist seit kurzem im Internet präsent. Es ist ein Angebot des BBR an alle, die zum weiten Themenfeld des Stadtumbaus in Deutschland eine Orientierung suchen. Ziel dieses Internetangebotes ist es, einen schnellen Zugang zu einschlägigen Stadtumbau-Seiten im Internet zu weisen.

Im Sinne eines „Portals“ stellt es keine zusätzlichen Inhalte bereit, sondern öffnet die Tore zu den vorhandenen Angeboten des Bundes und der von ihm beauftragten Transferstellen. Das Stadtumbau-Portal zeigt auch den Weg zu programm- und praxisbezogenen Angeboten Dritter, insbesondere der Bundesländer. Es verweist zudem auf Forschungsergebnisse des BBR, soweit sie wertvolle Impulse für die städtebauliche Praxis anbieten.

fer zu einem erfolgreichen Umbau unserer Städte beiträgt.

Städte und Gemeinden stehen angesichts des demographischen und wirtschaftlichen Strukturwandels vor erheblichen Herausforderungen. Anhaltende Arbeitsplatz- und Bevölkerungsverluste sowie kommunale Finanznöte sind akute Rahmenbedingungen für eine wachsende Zahl von Kommunen. Prognosen weisen darauf hin, dass sich diese Entwicklung verstärken wird. Wohnungsleerstände und flächenhafte Abrisse, umfangreiche ungenutzte Gewerbekomplexe und verwahrloste Brachen sind erkennbarer Ausdruck dieser Entwicklungen; im Osten nahezu flächendeckend, im Westen noch beschränkt auf durch Altindustrie geprägte Standorte. Diese strukturbedingten Problemlagen und besonderen Aufgaben sind nicht mit der klassischen Städtebauförderung allein zu meistern.

Im Osten ging es bisher in erster Linie um leerstandsbedingten Abriss industriell gefertigter Plattenbauten in Großwohnsiedlungen. Die inzwischen eingetretenen Dimensionen können nicht mehr nur wohnungswirtschaftlich bewältigt werden. Zunehmend gewinnen städtebauliche und infrastrukturelle Aufwertungsmaßnahmen an Bedeutung und Altbauquartiere erhalten wachsende Aufmerksamkeit im Programmbereich Stadtumbau-Ost.

Auch im Westen gibt es eine ganze Anzahl von Regionen, die durch wirtschaftliche Transformationsprozesse und fehlende Zukunftsperspektiven geprägt sind. Zudem werden im zunehmenden Maße auch in zahlreichen westdeutschen Städten erhebliche Bevölkerungsverluste eintreten. Gleichwohl ist hier nicht eine so dramatische Entwicklung wie im Osten absehbar, so dass hier eine geringe Akzeptanz des Problems „Schrumpfung“ einhergeht mit der Chance, sich auf diese Entwicklungen präventiv einstellen zu können.

Stadtumbau erweist sich gleichwohl als Daueraufgabe für Ost und West. Das Portal weist Wege zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung im Rahmen einer nationalen Verantwortung für eine integrierte Stadtentwicklung.

<p>Informationsangebote des Bundes</p> <p>Willkommen!</p> <p>Das Stadtumbau-Portal ist ein Angebot für alle, die zum weiten Themenfeld des Stadtumbaus in Deutschland eine Orientierung suchen. Ziel dieses Internetangebotes des BBR ist es, Zugang zu einschlägigen Seiten im Internet zu weisen.</p> <p>Im Sinne eines "Portals" stellt es keine zusätzlichen Inhalte bereit, sondern öffnet die Tore zu den Angeboten des Bundes und der von ihm beauftragten Transferstellen. Es zeigt auch den Weg zu programm- und praxisbezogenen Angeboten Dritter, insbesondere der Länder. Es verweist zudem auf Forschungsergebnisse des BBR, soweit sie wertvolle Impulse für die städtebauliche Praxis anbieten.</p> <p>Stadtumbau Ost (Städtebauförderung) Stadtumbau West (Städtebauförderung) Stadtumbau West (ExWest)</p> <p>Informationen zu BBR-Forschungsprojekten Informationen des BBR zur Städtebauförderung Informationen des BMVBS zum Stadtumbau</p> <p>Stadtumbau-Portal ist ein Informationsangebot des BBR im Auftrag des</p> <p>Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung</p> <p>Impressum/ Kontakt</p>	<p>Informationsangebote der Bundesländer</p> <p>Baden-Württemberg Bayern Berlin Brandenburg Bremen Hamburg Hessen Mecklenburg-Vorpommern Niedersachsen Nordrhein-Westfalen Rheinland-Pfalz Saarland Sachsen Sachsen-Anhalt Schleswig-Holstein Thüringen</p>
---	---

Anlass für dieses Angebot war die zunehmende Unübersichtlichkeit zum Themenfeld „Stadtumbau“. Stadtumbau ist zum einen ein besonderer Weg der Städtebauförderung. Der Bund fördert den Stadtumbau im Rahmen des Gemeinschaftswerkes mit den Ländern und Kommunen. Zum anderen meint Stadtumbau aber mehr als nur die Programmbereiche „Stadtumbau-Ost“ und „Stadtumbau-West“. Die Suche nach sachdienlichen Informationen erweist sich als beschwerlich. Der Bund hat deshalb ein großes Interesse daran, dass neben der finanziellen Unterstützung auch ein reger Informationsaustausch und Wissenstrans-

Kontakt:

Dr. Manfred Fuhrich
 Robert Schmell
 Referat I 2
 Stadtentwicklung
 Tel.: 0228 99 – 401 12 50
 Fax: 0228 99 – 401 23 56
 E-Mail:
 robert.schmell
 @bbr.bund.de

Das Einzelne und das Ganze – Methoden zeitgenössischer Stadtgestaltung

Forum Bau und Raum 2007

Hervorgegangen aus den Bau- und Raum-Gesprächen, die seit 1999 durchgeführt wurden, hat sich mittlerweile das Forum Bau und Raum als Veranstaltungs- und Publikationsreihe des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung etabliert. Das Forum widmet sich unterschiedlichen Themen im Spannungsfeld zwischen Planen und Bauen und trägt damit dem breiten Aufgabenspektrum des BBR Rechnung.

Nachdem in den vergangenen Jahren Themen wie „Suburbia“, „Das Hochhaus und die europäische Stadt“ und „Metropolregionen in Europa“ behandelt wurden, standen bei der letzten Veranstaltung die Methoden zeitgenössischer Stadtgestaltung auf der Agenda.

Die Gestalt der Stadt entsteht durch eine unüberschaubare Zahl von Entscheidungen einzelner Bauherrn. Doch das Ergebnis, die gebaute Form, ist nicht nur von privatem Interesse. Sie prägt die Lebensumwelt aller Nutzer einer Stadt – von Bewohnern, Berufstätigen und Besuchern gleichermaßen – und ist zurecht Gegenstand staatlicher Interventionen. Stadtgestaltung ist daher ein wichtiges Aufgabenfeld der städtebaulichen Planung, das nicht nur auf den Öffentlichen Raum bezogen werden darf, sondern auch auf das Einzelbauwerk als Element der städtischen Struktur zielen muss.

Doch die Sehnsucht nach Einheit und Harmonie kollidiert mit anderen – weit stärkeren – städtebaulichen und gesellschaftlichen Trends: der Ökonomisierung allen Handelns, der Enttraditionalisierung und der Ausdifferenzierung von Stilen und Geschmäckern, der Sucht nach Aufmerksamkeit. Ein regelnder Rahmen für Stadtgestaltung ist immer schwerer durchzusetzen und bewegt sich auf dem schmalen Grat zwischen Einheit und Vielfalt, zwischen Expertenmeinung und Bürgergeschmack. Gerade angesichts des sich momentan vollziehenden Strukturwandels im Bau- und Planungssektor sind damit die Steuerungsintensität und die Methoden zeitgenössischer Stadtgestaltung neu zu diskutieren.



Veranstaltungsort und Referenzprojekt zugleich: Konversionsprojekt „neues bauen am horn“ in Weimar

Quelle: Lars-Christian Uhlig

Am 29. und 30. März 2007 hat am Institut für Europäische Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar ein Kreis von rund 30 Fachleuten aus Kommunen, Planungspraxis und Forschung das Thema in seiner ganzen Komplexität entwickelt. Neben den grundsätzlichen Fragen nach aktuellen Tendenzen der Stadtgestaltung, nach Zielen, Leitbildern und Steuerungsinstrumenten, wurde vielfach die Frage nach Qualitätskriterien diskutiert. Die Vorstellung praktischer Beispiele aus den Bereichen Altstadt, Stadterweiterungen und Zwischenstadt wurde in Arbeitsgruppen theoretisch reflektiert und diskutiert.

Dass das Thema Stadtgestaltung ein Dauerbrenner planerischer Diskussionen ist, zeigte der Beitrag von Werner Durth, der eine Rückschau hielt auf seine vor genau dreißig Jahren erschienenen Thesen „Zur Kritik der Stadtgestaltung“, die unter dem Titel „Die Inszenierung der Alltagswelt“ publiziert wurden.

Eine Dokumentation der vielfältigen Beiträge in der BBR-Reihe Forum Bau und Raum ist in Vorbereitung.

Kontakt:

Lars-Christian Uhlig
Stephan Willinger
Referat II 3
Baukultur, Architektur,
Städtebau
Tel.: 0228 99 – 401 16 14
Fax: 0228 99 – 401 15 49
E-Mail:
lars-christian.uhlig
@bbr.bund.de
stephan.willinger
@bbr.bund.de



Die Veröffentlichung ist zu beziehen beim
Selbstverlag des BBR
Postfach 21 01 50
53156 Bonn
Fax: 0228 99 – 401 22 92
E-Mail:
selbstverlag@bbr.bund.de
zum Preis von 6,00 Euro
(zzgl. Versand)

Der Abschlussbericht und weitere Veröffentlichungen zum Thema sind unter dem Pfad
www.bbr.bund.de
⇒ Forschungsprogramme
⇒ Allgemeine Ressortforschung
⇒ Bereich Raumordnung
als Download im Internet verfügbar.

Die Englische Version ist eingestellt unter
www.bbr.bund.de
⇒ Research Programmes
⇒ General Departmental Research
⇒ Spatial Planning

Kontakt:

Referat I 5
Verkehr und Umwelt
Tel.: 0228 99 – 401 23 02
Fax: 0228 99 – 401 22 60
E-Mail:
gerd.wuerdemann
@bbr.bund.de

Integriertes Küstenzonenmanagement – IKZM

Informationen zur Raumentwicklung, Heft 5.2007

Europaweit soll ein integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) für ein nachhaltiges, einheitliches und umfassendes Nutzungs- und Konfliktmanagement der Küstenzonen und des küstennahen Meeres sorgen. Ein wesentlicher Schritt dahin sind nationale Bestandsaufnahmen und Strategien zum IKZM und die Ausdehnung der Raumordnung auf das Meer. Das IZR-Themenheft berichtet über Hintergründe, Philosophie und Instrumente des IKZM und die Fortschritte bei seiner Etablierung auf Bundes-, Landes- und EU-Ebene.

Im Vorlauf haben BMVBS und BBR von 2003 bis 2006 das Forschungsprojekt „Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) – Raumordnungsstrategien im Küstenbereich und auf dem Meer“ gefördert (Bearbeiter: Kira Gee, MSc, Prof. Dr. Bernhard Glaeser, Wissenschaftszentrum Berlin; Dr. Andreas Kannen, Dr. Katharina Licht-Eggert, Forschungs- und Technologiezentrum Westküste (FTZ); Prof. Dr. Horst Sterr, Geographisches Institut der Universität Kiel). Zentrales Ziel dieses Projektes war es, auf der Basis einer Bestandsaufnahme zur Entwicklung einer nationalen IKZM – Strategie Deutschlands und deren Umsetzung aus der Sicht der Raumordnung beizutragen. Ausgewählte Ergebnisse sind u. a. in den Bericht an die EU eingeflossen, der unter Federführung des Bundesumweltministeriums erarbeitet wurde.

Zentrale Ergebnisse des Projektes finden sich in folgenden Veröffentlichungen:

- BMVBS und BBR (Hrsg.): Auf dem Weg zur nationalen, integrierten Küstenzonenmanagement – Strategie. Perspektiven der Raumordnung. Dokumentation des Workshops in Berlin am 23. und 24.10.2003.
- K. Gee, A. Kannen, K. Licht-Eggert: Raumordnerische Bestandsaufnahme für die deutschen Küsten- und Meeresbereiche. Berichte aus dem Forschungs- und Technologiezentrum Westküste der Universität Kiel. Nr. 38 Büsum 2006.
- BMVBS und BBR (Hrsg.): Nationale IKZM – Strategie. Europäische Perspektiven und Entwicklungstrends. Nationale Konferenz Berlin. 28.03. bis 01.03.2005. Konferenzbericht.

- Von der Vision zur Umsetzung: Anforderungen an Instrumente und Prozesse des Integrierten Küstenzonenmanagements (IKZM) im Kontext der Raumordnung auf dem Meer. Dokumentation des Expertenworkshops in Leck/Nordfriesland vom 15. bis 17.08.2005.

Sämtliche o.g. Berichte sind zum Download ins Internet gestellt unter: www.bbr.bund.de/Forschungsprogramme/AllgemeineRessortforschung/BereichRaumordnung/IKZM/05_C3_B6ffentlichungen.html.

Der Abschlussbericht des Forschungsprojektes, der ebenfalls als Download vorliegt, setzt inhaltliche Schwerpunkte, die eine Weiterentwicklung der bisherigen Ergebnisse darstellen und die o.g. Veröffentlichungen ergänzen. Zu den inhaltlichen Schwerpunkten zählen u. a. folgende Themen:

- Schlüsselthemen für den deutschen Küsten- und Meeresraum,
- Entwicklung gestalten: Management der Küsten und Meere,
- IKZM und Raumordnung,
- Wie IKZM umsetzen?
- Schlüsselemente für die Umsetzung.

Das Forschungsprojekt verstand sich von Anfang an als offen und prozessorientiert, wobei besonderer Wert auf die Integration der verschiedenen Verwaltungsebenen gelegt wurde. In allen Veranstaltungen gelang es, neben der Bundesebene auch die Ebene der Inseln, der Küstenkreise, der Küstenregionen und der Länder mit einzubeziehen und unterschiedliche Sektoren für eine Teilnahme am Dialog zu gewinnen. In diesem Sinne steht das Forschungsprojekt stellvertretend für eine erfolgreiche Anwendung der zentralen prozessorientierten Grundprinzipien des IKZM, nämlich der Förderung von Transparenz, Partizipation und Information zwischen all denjenigen Akteuren, die die Entwicklung an Küste und Meer lenken und verwalten.

Entscheidend für die Raumordnung ist die Differenzierung zwischen raumwirksamen und nicht raumwirksamen Nutzungen sowie im Kontext nationaler IKZM-Ansätze die Identifizierung derjenigen Nutzungsformen, deren Management prioritär von der Bundesebene aus koordiniert werden muß und nicht mehr alleine von der regionalen oder lokalen Ebene bewältigt werden kann.

Soziale Stadtpolitik – Eine Zukunftsaufgabe

Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6.2007

Im aktuellen gesellschaftlichen Diskurs ist die Frage, ob und inwieweit der Fortbestand der sozialen Kohäsion noch gesichert ist, derzeit ein prominentes Thema. Die Medien greifen – teilweise mit dramatischen Schilderungen angereichert – die Problematik regelmäßig auf und dokumentieren, wie sich die Schere zwischen Arm und Reich öffnet. Plakativen medialen Überzeichnungen auf der einen Seite stehen seriöse, empirisch fundierte Analysen gegenüber, die besagen, dass eine Tendenz zur Verstärkung sozialer Ungleichheiten besteht.

So stellt der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2005 fest, dass die Gruppen der Armen und Reichen in Deutschland größer werden und sich das mittlere Segment ausdünnert. Die anhaltenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt, unsichere berufliche Perspektiven für viele Menschen, geteilte Bildungschancen und Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme sind Stichworte, die für eine tief greifende Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland stehen. Einiges spricht dafür, dass sich die Trennlinien entlang der Dimensionen Arm und Reich sowie Deutsch und Nicht-Deutsch in Zukunft verschärfen werden. Selbst wenn die aktuell günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu einer Entspannung beiträgt, bleibt das Grundproblem erhalten.

Gesellschaftliche Entwicklungen haben aber immer auch eine räumliche Dimension. Am spürbarsten zeigen sich die Auswirkungen sozialer und ökonomischer Transformationsprozesse in den Städten. Stadtpolitik ist somit immer auch Gesellschaftspolitik. Sie muss sich Themen und Herausforderungen stellen, die zwar nicht neu sind, aber in ihren Dimensionen neue Qualitäten erreichen. Zuwanderung, Polarisierung, Entmischung sind Themen einer sozial-integrativen Stadtpolitik. Die Frage ist: Welche Möglichkeiten sie dazu hat und wie eine moderne, sozial-orientierte Stadtpolitik aussehen müsste? Wie kann es gelingen, die soziale Integration in den Städten zu stärken?

Im Rahmen des Informellen Ministertreffens zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt am 24. und 25. Mai 2007 wurde die Leipzig Charta zur nachhaltigen Stadt verabschiedet. Mit dieser Charta haben sich die für die Stadtentwicklung

zuständigen Minister der 27 EU-Mitgliedsstaaten auf eine Strategie der integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung und besondere Handlungsbereiche für benachteiligte Stadtgebiete verständigt. Eine vorausschauende Stadtentwicklungspolitik muss die Anzeichen einer sich verschlechternden Stadtquartierssituation erkennen und frühzeitig Gegenmaßnahmen einleiten, damit die Stadt als Lebens- und Wirtschaftsraum attraktiv bleibt.

In dem vorliegenden IzR-Themenheft werden verschiedene Aspekte einer sozial-orientierten Stadtpolitik betrachtet. Vorgestellt werden Entwicklungslinien und Ansätze aus Frankreich, Großbritannien und Deutschland. Empirische Analysen zu innerstädtischen Segregationsprozessen in deutschen Städten lenken den Blick auf aktuelle Stadtentwicklungsprozesse. Das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt wird in seinen inhaltlichen Schwerpunkten dargestellt. Es wird aufgezeigt, auf welche Problemlagen das Programm reagiert und welche Handlungsansätze in den Programmgebieten vor diesem Hintergrund verfolgt werden.

Inzwischen ergänzen weitere Programme die Soziale Stadt, in dem sie den sozial-räumlichen Ansatz übernehmen. Vor allem im nicht-investiven Bereich bilden diese Programme eine wichtige Ergänzung und zeigen Bündelungspotenziale auf. Das neue ESF-Sonderprogramm „Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort“ aber auch Programme wie „LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke“ und „E&C – Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ stehen für diese Ansätze. Ferner wird gezeigt, dass die Stärkung endogener Potentiale durch die lokale Ökonomie eine wichtige Rolle für die Stabilisierung benachteiligter Quartiere spielt.

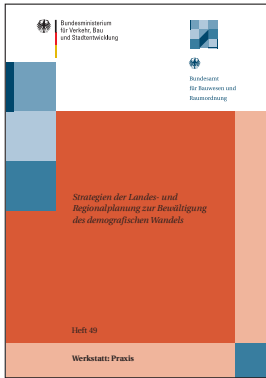
Insgesamt plädiert das Heft für eine gestaltende und vorausschauend angelegte Stadtpolitik. Die Soziale Stadt versteht sich als „lernendes Programm“. Es eröffnet auf allen Ebenen von Politik und Verwaltung die Chance, gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern nach neuen Lösungsansätzen zu suchen. Damit steht das Programm für ein modernes stadtpolitisches Verständnis.



Die Veröffentlichung ist zu beziehen beim
Selbstverlag des BBR
Postfach 21 01 50
53156 Bonn
Fax: 0228 99 – 401 22 92
E-Mail:
selbstverlag@bbr.bund.de
zum Preis von 6,00 Euro
(zzgl. Versand)

Kontakt:

Jürgen Götdecke-Stellmann
Referat I 4
Regionale Strukturpolitik
und Städtebauförderung
Tel.: 0228 99 – 401 22 61
Fax: 0228 99 – 401 23 46
E-Mail:
juergen.goeddecke@bbr.bund.de



Die Veröffentlichung ist kostenlos und kann bezogen werden bei Sarah Müller
E-Mail: sarah.mueller@bbr.bund.de

Strategien der Landes- und Regionalplanung zur Bewältigung des demografischen Wandels

Werkstatt: Praxis, Heft 49

Länder und Regionen in Deutschland stehen angesichts des demografischen Wandels vor vielfältigen Herausforderungen. Schon in ihrer Entschließung vom 13. Oktober 2003 fordert die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) vor diesem Hintergrund dazu auf, die bisherigen raumordnerischen Konzeptionen, Strategien und Instrumente mit dem Ziel zu überprüfen, eine bedarfsgerechte öffentliche Infrastrukturversorgung in allen Teilräumen des Bundesgebietes zur Gewährleistung gleichwertiger Lebensbedingungen sicherzustellen.

Mit welchen Strategien begegnet die Raumordnung heute den Herausforderungen des demografischen Wandels?

Mit dem Werkstatt: Praxis-Heft 49 liegt ein strukturierter Überblick über aktuelle Strategien und Aktivitäten der Landes- und Regionalplanung zur Bewältigung des demografischen Wandels vor, der darauf ausgerichtet ist, den Erfahrungsaustausch zwischen Ländern und Regionen zu befördern. Die Darstellung stützt sich auf eine umfassende Bestandsaufnahme und Synopse einschlägiger Aktivitäten der Landes- und Regionalplanung im Rahmen des Ressortforschungsvorhabens „Strategien der Landes- und Regionalplanung zur Bewältigung des demografischen Wandels“ (Bearbeiter: Peter Dehne und Johann Kaether, Hochschule Neubrandenburg).

Kernstücke der Auswertung sind eine synoptische Gegenüberstellung der Strategieelemente (Querauswertung) und ihre regionale Zusammenstellung (Länderportraits), beruhend auf einer Datenbankauswertung aller relevanten formellen und weiterer informeller Dokumente. Zudem wurde eine bundesweite Befragung bei allen Trägern der Regionalplanung durchgeführt.

Im Ergebnis spielen die Auswirkungen des demografischen Wandels in den meisten Bundesländern bei der Aufstellung, Fortschreibung oder Neuausrichtung der Raumordnungspläne eine besondere Rolle. Die Intensität der Auseinandersetzung mit dem demografischen Wandel und die Ausrichtung der Strategien und Instrumente der Landesplanung auf die Folgen spiegeln den Handlungsdruck in den Ländern wider. Die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Bran-

denburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen und das Saarland sowie in Teilregionen Rheinland-Pfalz und Niedersachsen haben ihre Landesentwicklungspläne/-programme neu aufgestellt bzw. sind dabei, dies zu tun, alle mit dem ausdrücklichen Ziel, auf die Folgen des demografischen Wandels zu reagieren.

Die Orientierung an bewährten Strategien der dezentralen Konzentration steht dabei im Mittelpunkt:

- Überarbeitung und Neuausrichtung des Zentrale-Orte-Systems zur Konzentration der Siedlungsentwicklung, der infrastrukturellen Angebote und der regionalen Wirtschaftskraft,
- interkommunale und regionale Kooperationen und Funktionsteilungen,
- Einschränkungen der Siedlungstätigkeit außerhalb der Zentralen Orte mit Hilfe von Wohnbedarfsrichtwerten (Eigenentwicklung) sowie
- Innenentwicklung als städtebauliches Leitbild.

Die meisten Länder bzw. alle Länder mit einem hohen demografischen Problemdruck verfolgen die beiden Strategien „Anpassung des zentralörtlichen Systems“ und „Initiierung und Unterstützung von Kooperationen“. Andere, von der MKRO genannte Strategieoptionen wie alternative Angebotsformen oder neue Zuschnitte und Trägermodelle finden sich nur an wenigen Stellen. Der „Einsatz von IuK-Technologien“ wird in keinem ausgewerteten Dokument der Landesplanung erwähnt.

Das Handlungsfeld „Altenfreundlichkeit“ nimmt in den ausgewerteten Dokumenten der Landes- und Regionalplanung einen weitaus höheren Stellenwert ein als etwa „Kinder- und Familienfreundlichkeit“. Zuwanderung und Integration werden in den ausgewerteten Plänen nur vereinzelt angesprochen.

Kontakt:

Martin Spangenberg
Referat I 1
Raumentwicklung
Tel.: 0228 99 – 401 22 35
Fax: 0228 99 – 401 23 56
E-Mail: martin.spangenberg@bbr.bund.de

Gute Beispiele im Städtebaulichen Denkmalschutz

Ein Handlungsleitfaden

Demografischer Wandel und ökonomische Restrukturierung prägen in steigendem Maße die Stadtentwicklung in den ostdeutschen Kommunen. Damit einhergehend stellen sich insbesondere dem Städtebaulichen Denkmalschutz neue Herausforderungen: Sei es im Umgang mit hochkarätigen, bisher „liegendebliebenen“ Denkmalen oder Ensembles, bei der Suche nach nutzungsstrukturellen Lösungen für ganze Quartiere oder bei der Steuerung im Spannungsfeld aus Erhalt und Rückbau, das letztlich das Verhältnis von historischer Kernstadt und Gesamtstadt betrifft.

Einige historische Gebäude und Ensembles, die ihre alten Funktionen im gegenwärtigen Strukturwandel verloren haben, stehen in den Stadtkernen ostdeutscher Klein- und Mittelstädte dauerhaft leer. Sie erweisen sich nicht selten als Hemmnis innerstädtischer Revitalisierungsbemühungen und beeinträchtigen mit ihren unansehnlichen Verfallserscheinungen das Stadtbild. Auf der anderen Seite besitzen diese Gebäude und Ensembles aufgrund ihrer meist guten stadträumlichen Lage und ihrer individuellen Bauweise ein erhebliches Potenzial für die örtliche Stadtentwicklung und Baukultur.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die zentrale Aufgabe der Entwicklung integrierter und flexibler Nutzungskonzepte, die sich mit den besonderen bauhistorischen Werten, bautechnischen Vorgaben und funktionspezifischen Gestaltungen historisch wertvoller Gebäude und Ensembles in Einklang bringen lassen.

Geeignete Nutzungen lassen sich oft nur mit viel Zuwendung und Engagement gewinnen, denn die Entwicklung baulich angepasster und nutzungsstrukturell innovativer Konzepte ist ein komplexer, abstimmungssensitiver Prozess. Er verlangt von den Akteuren ein hohes Maß an Kreativität, Aufgeschlossenheit und Risikofreude, zumal die Individualität von Altbauten eine bloße Übertragung herkömmlicher Sanierungs- und Nutzermodelle kaum zulässt. Gelungene Beispiele verdeutlichen aber, dass das Ergebnis den erforderlichen Aufwand durchaus rechtfertigt: Es sind nicht zuletzt die Attraktivität, Originalität und Bekanntheit, die ein behutsam saniertes historisches Umfeld zum ebenso nachhaltigen wie

wertfördernden Faktor einer qualitativollen Stadtentwicklung, aber auch der privaten Vermarktung machen.

Ausgehend von der These, dass die Nutzung von Denkmalen die beste Erhaltungsstrategie ist, stellt sich dem Städtebaulichen Denkmalschutz dabei die vordringliche Aufgabe, neue Nutzungskonzepte zu befördern sowie geeignete Strategien zur umfassenden Revitalisierung zu entwickeln, und zwar über die bauliche Ebene hinaus.

Diesen neuen Anforderungen gerecht zu werden, bemühen sich insbesondere die Programmstädte des Städtebaulichen Denkmalschutzes. Hier wurden in den letzten Jahren entsprechende Ansätze entwickelt, Vorhaben angegangen und einige Projekte auch bereits umgesetzt.

Im Wissen um die Bedeutung solcher „Guter Beispiele“ für die zukunftsfähige Entwicklung in den Programmstädten wurde das Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) mit der Erstellung eines spezifischen „Handlungsleitfadens“ beauftragt. Dieser Handlungsleitfaden präsentiert erfolgreiche und in der Praxis bewährte Fallbeispiele.

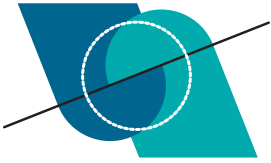
Die ausführlich beschriebenen und veranschaulichten Beispiele zur Revitalisierung historisch geprägter Innenstädte wurden nach eingehender Literaturrecherche unter dem Gesichtspunkt der Aktualität sowie der positiven Bewertung und Resonanz in der Fachwelt ausgewählt. Untergliedert nach neun wichtigen Handlungsfeldern der Stadterneuerung, sollen sie den Städten und Gemeinden, den Akteuren der Stadterneuerung sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern beispielhafte und nachvollziehbare Perspektiven für eine erfolgreiche Revitalisierung ihrer historischen Innenstädte eröffnen sowie Anregungen und Möglichkeiten für vergleichbare Handlungsanlässe aufzeigen. Sie sollen zum Nachahmen anregen und zu neuen Ideen an anderen Orten inspirieren.



Die Broschüre ist kostenfrei und kann bezogen werden bei:
info@staedtebaulicherdenkmalschutz.de,
 Stichwort:
 „Handlungsleitfaden“

Kontakt:

Ricarda Ruland
 Referat II 3
 Baukultur, Architektur,
 Städtebau
 Tel.: 0228 99 – 401 23 01
 Fax: 0228 99 – 401 15 49
 E-Mail:
ricarda.ruland@bbr.bund.de



Interreg III B gemeinsam gestalten und kommunizieren

Unter diesem Motto haben sich Interreg B-Verantwortliche aus dem Bund und aus den Ländern, die Interreg *Contact points* sowie die Auftragnehmer der laufenden Interreg-Begleitforschungsprojekte des BBR am 27. Februar 2007 zu einem kooperationsraumübergreifenden Workshop im BBR in Bonn zusammengefunden.

Die transnationale Zusammenarbeit in der Raumentwicklung befindet sich zur Zeit in einer Übergangsphase. Die Umsetzung der transnationalen Kooperationsprogramme für den Zeitraum 2000 bis 2006 ist weit fortgeschritten. Erste Projektergebnisse liegen vor. Gleichzeitig sind die Vorbereitungen für die neue Förderperiode 2007–2013 in vollem Gange. Die Programme für den Alpenraum, den Ostseeraum, den Nordseeraum und für Nordwesteuropa sind bereits bei der EU eingereicht und für zulässig erklärt worden und befinden sich dort in der Abstimmung. Die Einreichung des Programms Mitteleuropa steht unmittelbar bevor.

Vor diesem Hintergrund stellen sich mehrere zentrale Fragen, die in einer moderierten Diskussion in drei Blöcken erörtert wurden:

Welche länder- und raumübergreifenden Schwerpunkte sollten im Rahmen der transnationalen Zusammenarbeit zukünftig angegangen werden? Gibt es gemeinsame Interessen? Wie können die Ergebnisse der Zusammenarbeit erfolgreich gemeinsam kommuniziert werden?



Ausgangspunkt war die Feststellung, dass es in der Vergangenheit häufig nicht gelungen ist, Partner aus mehreren Bundesländern eines Kooperationsraumes in transnationalen Projekten zusammenzubringen. Am Beispiel der Prioritäten Verkehr und Innovation ging es daher darum, Perspektiven und Ansatzpunkte für mögliche gemeinsame Projekte in diesen Themenfeldern auszuloten.

Es hat sich gezeigt, dass die Ergebnisse transnationaler Projekte relativ gut vermittelt werden können. Auf Programmebene fällt dies vor allem wegen der Bandbreite der Aktivitäten deutlich schwerer. Daraus resultiert ein Defizit an projekt- und programmraumübergreifendem Ergebnistransfer. Es ging deshalb auch darum, den Bedarf und die Möglichkeiten für länderübergreifende Kommunikationsstrategien auszuloten.

Abschließend wurde auf dieser Grundlage ein Aktionsplan für gemeinsame länder- oder raumübergreifende Aktivitäten erarbeitet. Im Ergebnis wurden insgesamt neun Aktivitäten festgehalten, die durch verschiedene Akteure größtenteils im Team angegangen werden.

Neben themenübergreifenden Aktionen wie der Etablierung eines regelmäßigen „Roundtable“ zu Projekten/Projektideen in den transnationalen Ausschüssen oder der Organisation regelmäßiger Treffen der Programm *Contact points*, wurden konkrete Aktionen zum Thema Verkehr, Innovation und Kommunikation geplant.

Das BBR wird im Zuge dieses Aktionsplans u. a. gemeinsam mit den Ländern Baden-Württemberg und Hamburg eine kooperationsraum- und länderübergreifende Arbeitsgruppe zur Kommunikation einrichten. Ziel ist es, eine durchgängige Kommunikationsstrategie für die Förderperiode 2007–2013 für die transnationale Zusammenarbeit (Ausrichtung B der Europäischen territorialen Zusammenarbeit) zu erarbeiten. Gerade zu Beginn einer neuen Förderperiode bietet sich die Chance, effiziente und koordinierte Kommunikationsstrukturen aufzubauen.

Ein weiteres konkretes Ergebnis ist ein von BBR und den deutschen Interreg *Contact points* erarbeiteter gemeinsamer Leitfaden für Antragsteller, der auch auf kooperationsraumspezifische Aspekte eingeht. Dieser wird in Kürze unter www.interreg.de als download abrufbar sein. Und last but not least wird das BBR die Interreg-Seite www.interreg.de zu einem Einstiegsportal für die grenzüberschreitenden, transnationalen und interregionalen Kooperationsprogramme ausbauen, um eine koordinierte und übersichtlichere Kommunikation der territorialen Zusammenarbeit in Deutschland zu erzielen.

Kontakt:

Brigitte Ahlke
Referat I 3
Europäische Raum- und
Stadtentwicklung
Tel.: 0228 99 – 401 23 30
Fax: 0228 99 – 401 22 60
E-Mail:
brigitte.ahlke@bbr.bund.de

www.interreg.de

Das ESPON-Programm Start in die nächste Programmphase 2007 bis 2013

Am 12. und 13. Juni 2007 fand in Bonn ein Seminar des Programms zur Europäischen Raumbeobachtung, ESPON, statt, das nicht nur dem Rückblick auf die abgelaufene Programmphase 2002-2006 diente, sondern zugleich einem Ausblick auf die neue Laufzeit 2007-2013. Die vom BMVBS zusammen mit dem ESPON-Programm organisierte internationale Veranstaltung legte den Fokus auf den Erfahrungs- und Ideenaustausch mit Stakeholdern, wie z. B. Vertretern verschiedener politischer Ebenen und europäischer Programme wie URBACT, sowie Initiativen wie EUKN oder METREX. Mit diesen wurde besonders die neue Priorität 2 des Programms, „Nutzerorientierte Analysen – Europäische Perspektive zur Entwicklung verschiedener Raumkategorien“, diskutiert. Die „Kapitalisierung“ der Programmresultate von 2002 bis 2006 war neben den Möglichkeiten zu einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren Schwerpunkt der zweitägigen Veranstaltung.

Eröffnet wurde das Seminar am 12. Juni mit einem öffentlichen Teil, der den politischen Kontext, die Zusammenarbeit in der territorialen Kooperation und die Nutzung der ESPON-Ergebnisse zum Thema hatte. Unter Moderation von Prof. Strubelt, BBR, sprachen hierzu hochrangige Vertreter aus Politik, Verwaltung und Forschung, etwa Staatssekretär Lüdtko Daldrup vom BMVBS und Vitor Campos vom portugiesischen Amt für Raumordnung und Stadtentwicklung. Staatssekretär Lüdtko Daldrup legte in seiner Rede zum einen Wert auf evidenzbasierte Informationen und betonte, dass Städte und Regionen die aktuellen Herausforderungen des demographischen Wandels, der Globalisierung und des Klimawandels nur meistern können, wenn ihre Strategien auf wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen aufbauen. Zum anderen würdigte er die Erfolge des ESPON-Programms, z. B. dessen Beitrag zur „Territorialen Agenda der EU“ und der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“. Portugal übernimmt ab Juli 2007 die Ratspräsidentschaft der EU und wird dann, wie Generaldirektor Vitor Campos ausführte, auch für die Umsetzung der beiden Vorhaben eintreten.

Im anschließenden internen Teil des Seminars wurde im Plenum und in diversen Workshops an der Weiterentwicklung und

Konkretisierung der neuen Programmpriorität 2 gearbeitet. Nutzerorientierte Analysen auf verschiedenen Raumkategorien benötigen eine klare, gezielte Nachfrage durch die Anwender der ESPON-Ergebnisse. Die Veranstaltung bot die entsprechende Möglichkeit, den Rahmen und die Inhalte solcher Vorhaben zu diskutieren sowie erste Ideen zu entwickeln. Politikentscheider wie Praktiker aller politischen Ebenen sind primäre Interessenvertreter und Ergebnisanwender. Für das ESPON-Programm ist es deshalb wichtig zu wissen, welche Informationen als relevant angesehen und von verschiedenen Ebenen, horizontal wie vertikal, nachgefragt werden. Für alle Teilnehmer war wichtig, dass beispielhafte Projekte mit Modellcharakter ausgesucht werden, die Aussagen zu speziellen Themen von europäischem Interesse treffen.



Das Seminar bestätigte die Notwendigkeit zu einer stärkeren Kooperation, die auf gegenseitigem Vertrauen und Austausch von jeweils existierenden Daten, Insiderwissen sowie Zugang zu diversen Netzwerken beruht. Deutlich wurde, dass Projekte in der Priorität 2 stark davon abhängen werden, wie diese initiiert werden, welchen technisch-administrativen Rahmen sie erhalten und ob sich Synergien sowie ein deutlicher Mehrwert für die Teilnehmer aus den verschiedenen Interessengruppen und der Wissenschaft erreichen lassen. Zur Diskussion stand zudem die Verbreitung der Ergebnisse. An diesem Punkt bestand Einverständnis, dass es auf die möglichst bereite Streuung an spezielle Nutzergruppen ankommt und hier gute Möglichkeiten zu Kooperationen bestehen.

Die Teilnehmer des Seminars sind nun aufgefordert, die Anregungen und Ideen mit Leben zu füllen.



Weitere Informationen unter: www.espon.eu

Kontakt:

ESPON-Kontaktpunkt
Deutschland
Dr. Karl Peter Schön
Dr. Wendelin Strubelt
Tel.: 0228 99 – 401 23 29

Projektbezogene Kontakte
Dr. Karl Peter Schön
Tel.: 0228 99 – 401 23 29
Volker Schmidt-Seiwert
Tel.: 0228 99 – 401 22 46
Lars Porsche
Tel.: 0228 99 – 401 23 51

Herausgeber, Herstellung und Selbstverlag

Bundesamt für
Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns Aue 31 - 37, 53179 Bonn
Telefon: 0 228 99 - 4 01 - 0
Telefax: 0 228 99 - 4 01 - 22 66
Web: www.bbr.bund.de

Selbstverlag des BBR, Postfach 21 01 50, 53156 Bonn

G 7718 F

Verantwortlich

Wendelin Strubelt, Hans-Peter Gatzweiler, Robert Kaltenbrunner

Redaktionelle Bearbeitung

Gabriele Bockshecker

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Die Informationen aus der Forschung des BBR erscheinen
in unregelmäßiger Folge sechsmal im Jahr.
Interessenten erhalten sie kostenlos.

Frei zum Nachdruck. Belegexemplare erbeten.

Zitierweise:

Informationen aus der Forschung des BBR 3/2007 – Juli

ISSN 1434 – 9590



Neues aus der Forschung – www.bbr.bund.de

Neue Ressortforschungsprojekte finden Sie in der Rubrik **Forschungsprogramme** unter:

Allgemeine Ressortforschung / Bereich Wohnungswesen

- Monitoring gewerblicher Immobilienmärkte

MORO-Studien

- Berücksichtigung der Kulturlandschaftsentwicklung in Flussgebieten unter dem Aspekt des Hochwasserschutzes

Aufbau Ost / Regionale Entwicklung

- Beitrag des Technologietransfers bei der Entwicklung regionaler Innovationspotenziale in Deutschland

Zukunft Bau

- Relevanz internationaler Entwicklungen in Architektur und Immobilieninvestment für Bauwirtschaft und Baukultur in Deutschland

Neue Themen finden Sie in der Rubrik **Forschen und Beraten** unter:

Fachpolitiken / Wirtschaft / Finanzen

- Fiskalische Ausgleichssysteme

Stadtentwicklung / Stadenwicklung in Deutschland / Nachhaltige Stadtentwicklung

- Stadtentwicklungsfonds

Stadtentwicklung / Stadenwicklung in Deutschland / Städtebauförderung / Städtebaulicher Denkmalschutz / Forschungsprojekte

- Feststellung des Handlungsbedarfs im Städtebaulichen Denkmalschutz in den alten und neuen Ländern

Kontakt:

Dr. Karin Veith
Referat I 7
Wissenschaftliche Dienste
Tel.: 0228 99 – 401 22 97
Fax: 0228 99 – 401 22 82
E-Mail:
karin.veith
@bbr.bund.de

Downloads zu aktuell erschienenen Publikationen finden Sie in der Rubrik **Neues/Termine** unter **Veröffentlichungen**.

Alle **Veranstaltungen** finden Sie in der Rubrik **Neues/Termine** unter **Veranstaltungen wissenschaftlicher Bereich**.